



Glarus Nord stimmt gegen die Aufweitung der Linth

Der Gemeinderat von Glarus Nord hat an der Gemeindeversammlung vom Dienstagabend den Auftrag erhalten, sich gegen die Aufweitung der Linth im Kunderriet zu wehren. Die Abstimmung war deutlich.

von Daniel Fischli

Die Gemeindeversammlung von Glarus Nord hat am Dienstagabend ein Reglement zum «Erhalt des Linthwerks» gegen den Willen des Gemeinderates erlassen. Der Gemeinderat bekommt damit von den Stimmberechtigten den Auftrag, sich für den Erhalt des Linthwerks «in seinem aktuellen Bestand» einzusetzen und dabei «sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Massnahmen» zu ergreifen. Der Antrag war von mehreren Hundert Stimmberechtigten gestellt worden, dementsprechend war die Gemeindeversammlung mit rund 650 Personen

sehr gut besucht. Knapp 500 stimmten für den Erlass des Reglements.

Konkret wollen die Antragsteller die geplante Flussaufweitung im Kunderriet bekämpfen. Das entsprechende Bauprojekt des Linthwerks werde voraussichtlich im Herbst vorliegen, so Gemeindepräsident Thomas Kistler an der Versammlung. Er gab ausserdem bekannt, gegen die Traktandierung des Geschäftes sei eine Beschwerde bei der Regierung hängig.

Nicht mutwillig zerstören

Für den Erlass des Reglementes votierte für die Antragsteller Fridolin Laager aus Mollis. Das Linthwerk habe 200 Jahre lang vor Hochwasser geschützt.

Man solle es jetzt nicht mutwillig zerstören. Res Menzi aus Filzbach sagte, für die Aufweitung müsste im Kunderriet viel zerstört werden. Dieser Meinung war auch Christoph Lütchg aus Mollis, der sagte, die Linthverwaltung wolle «uns etwas wegnehmen». Heiri Schmid aus Bilten schliesslich argumentierte, die Aufweitung im Chli Gäsitschachen sei fehlgeschlagen, man solle den Fehler nicht wiederholen.

Widerspruch zu Bundesrecht?

Der Gemeinderat hatte gegen den Erlass argumentiert, das Reglement widerspreche übergeordnetem Recht, denn die Gemeinde sei nicht zuständig für den Hochwasserschutz an der Linth.

Es sei möglich, dass die Regierung das Reglement als ungültig erkläre.

Diese Gefahr sah wohl auch Peter Landolt aus Näfels. Er beantragte, die Stimmen seien auf jeden Fall auszuzählen. Denn: «Heute Abend artikulieren wir die Bedürfnisse der Bevölkerung», so Landolt. Der Auftrag an den Gemeinderat bleibe so bestehen, auch wenn das Reglement als ungültig erklärt würde.

Für die Aufweitung und gegen das Reglement sprach sich nur Hansruedi Kubli aus Näfels im Namen der Grünen aus. Er kritisierte die Linth-Escher-Stiftung, die hinter der Unterschriftensammlung steht. Diese liefere sich seit 20 Jahren eine hartnäckige Auseinandersetzung mit dem Linthwerk.